

# Kriegsgefahr im Ost-West-Konflikt – verhandeln statt eskalieren!

## Deeskalation ist das Gebot der Stunde

Der Konflikt um die Ukraine enthält ein gefährliches Eskalationspotential: die Konfrontation zwischen Russland und der Nato. Ausgelöst u.a. durch den von USA und EU unterstützten Machtwechsel 2014 in Kiew und die Kämpfe zwischen dem ukrainischen Militär und den Separatisten im Osten der Ukraine (Donbass), hat sich zunehmend Militär auf beiden Seiten der Grenze zwischen Ost (Russland, Belarus) und West (Baltische Staaten und Polen) in Stellung gebracht. Intensive diplomatische Bemühungen (verschiedene Treffen und Telefonate hochrangiger Regierungsvertreter beider Seiten, eine Tagung des *Nato-Russland-Rates* in Brüssel, eine Sitzung der *OSZE* in Wien und Gespräche zwischen Russland und der Ukraine unter Vermittlung von Frankreich und Deutschland im sog. *Normandie-Format*) haben inhaltlich zwar keine nennenswerten Fortschritte erzielt, solche direkten Gespräche können nach Jahren des Schweigens aber als ein positives Signal angesehen werden.



Heftig diskutiert wird im „Westen“: Will Wladimir Putin Krieg? Wen sollte die Nato aufnehmen und wann? Braucht die Ukraine mehr Waffen, und wenn ja, welche – „nicht tödliche“ vielleicht, oder „defensive“ (als ob es so etwas wirklich gäbe)? Die Debatte erscheint erschreckend klein; denn was weitgehend fehlt, sind neue Ideen für eine friedliche und stabile Koexistenz zwischen West-/Mitteleuropa und Russland.

Unter dem Titel *"Raus aus der Eskalationsspirale! Für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland"* haben sich Anfang Dezember 2021 u.a. ehemalige Diplomaten und Militärs der Bundeswehr mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt. Darin weisen sie auf die brandgefährliche Situation im Konflikt um die Ukraine hin und warnen vor einseitiger Schuldzuweisung an Russland. Sie fordern stattdessen dazu auf, die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands anzuerkennen, d.h. auch zu garantieren, dass eine Ausdehnung des westlichen Militärbündnisses an Russlands Grenzen (Nato-Osterweiterung) beendet bzw. rückgängig gemacht wird.

## Ein Blick zurück in die Geschichte

Die offizielle Erzählung der meisten westlichen Politiker\*innen und Medien über die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und den NATO/EU-Mitgliedsstaaten beginnt meist erst 2014 mit der völkerrechtlich umstrittenen Annexion der Halbinsel Krim durch Russland. Doch der Ursprung des Konfliktes reicht bis in die frühen 1990er Jahre zurück, also bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion und der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Denn seit Endes des Ost-West Konfliktes und der Blockkonfrontation ist der Westen entgegen seinen Zusagen Anfang der 90er Jahre fortlaufend wortbrüchig geworden und hat Russland machtpolitisch und militärisch eingekreist. Damals hatten die Westmächte Präsident Gorbatschow anlässlich der Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung feierlich zugesagt, dass die Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts nicht Mitglieder der NATO werden würden. Das ist durch Zeugnisse von Beteiligten und Schriftstücke vielfach belegt. Mit der Zusage, die NATO werde nicht an die Grenzen der Sowjetunion rücken, löste sich der *Warschauer Vertrag*, das Gegenstück zur Nato, 1991 auf. Die westliche Zusage wurde bekanntlich gebrochen: Von 1999 an wurden Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Albanien, Kroatien, Montenegro und Nord-Mazedonien Mitglieder der NATO. Beim Nato-Gipfel 2008 in Bukarest wurde Georgien und Moldawien offiziell der NATO-Beitritt angeboten; die Ukraine hat den NATO-Beitritt als Staatsziel in ihrer Verfassung verankert und wartet ungeduldig vor der Tür. Mehrfach, u.a. auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007, hatte Putin Sicherheitsgarantien für sein Land gefordert und den Westen deutlich vor einer Nato-Osterweiterung gewarnt.

## **Gegensätzliche Positionen im aktuellen Ost-West-Konflikt**

Wie erwartet, lehnten die USA und Nato Ende Januar 2022 durch Briefe alle Forderungen Moskaus ab, den Beitritt weiterer postsowjetischer Staaten zum Nordatlantischen Bündnis auszuschließen und sämtliche Nato-Truppen hinter die deutsch-polnische Grenze zurückzuziehen.

Russlands Außenminister Sergei Lawrow zeigte sich unzufrieden mit der schriftlichen Antwort des Westens auf Russlands Forderungen nach Sicherheitsgarantien: „Zur Hauptfrage gibt es in diesem Dokument keine positive Reaktion.“ Die Hauptfrage sei Russlands klare Position zur Unzulässigkeit einer Osterweiterung der Nato und der Aufstellung von Angriffswaffen, die das Gebiet Russlands bedrohen könnten. Jetzt habe man einen Zustand, den Russland nicht hinnehmen könne.

USA und Nato verlangten ihrerseits von Russland, seinen Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine aufzulösen. Gleichzeitig benannte der Westen nach den Worten von US-Außenminister Antony Blinken mehrere mögliche Verhandlungsfelder wie Rüstungskontrolle, besonders im Raketenbereich, oder eine Verringerung der Risiken durch mehr militärische Transparenz.

## **Konfrontation der Atommächte in Europa**

Auch im Bereich der atomaren Rüstung kam es im Laufe der Zeit zu einem schwerwiegenden Ungleichgewicht zwischen USA und Russland. Mit der Kündigung des ABM-Vertrags über Raketenabwehrsysteme durch US-Präsident Reagan wurde die gegenseitige atomare Abschreckung (Fähigkeit eines Zweitschlags mit Atomwaffen) zwischen den USA und der damaligen Sowjetunion gefährdet. Die inzwischen in Europa installierten, gegen angebliche atomare Angriffe aus dem Iran gerichteten Raketenabwehrsysteme der Nato ermöglichten nicht nur eine Abwehr russischer Raketen, sondern vergrößern auch die Fähigkeit der Nato zu einem Angriff.

## **Erzeugung von Feindbildern in den Medien**

Die oben beschriebenen Hintergründe zur Ost-West-Konfrontation werden in der Politik und den meisten Medien des Westens häufig nicht differenziert dargestellt. Eiseitige Berichte werden vielfach zur Erzeugung von Feindbildern (Russland, China ...) missbraucht. Ein Beispiel: Der aktuelle Aufmarsch russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine wird als russische Aggression dargestellt und z.T. mit martialischen Bildern russischer Panzer untermalt. Dagegen wird kaum kritisch hinterfragt, dass die Nato seit längerem kampfbereite Truppen in den östlichen Teil der Allianz schickt – "nicht nur in die Ostseeregion, auch zum Schwarzen Meer" (Nato-Generalsekretär Stoltenberg am 30.11.21 in Riga). Die jährlich stattfindenden DEFENDER-Manöver der Nato in Richtung Osten werden als legitime Verteidigung verharmlost.

## **Eine Europäische Sicherheitsstruktur**

Propagandakrieg, Säbelrasseln, Sanktionen und Aufrüstung müssen aufhören. Stattdessen braucht es Deeskalation und Diplomatie. Erste Schritte könnten ein Truppenabzug beider Seiten entlang der russisch-ukrainischen Grenze und an den Grenzen zwischen Russland und der NATO sein, sowie die konsequente Umsetzung des Abkommens von *Minsk II*. Dieses enthält u.a. einen Waffenstillstand für den Donbass, den Dialog der Konfliktparteien und einen Sonderstatus der Regionen Donezk und Luhansk innerhalb der Ukraine. Waffenlieferungen der Bundesrepublik an die Ukraine würden die deutsche Vermittler-Rolle im Rahmen des Minsk II-Abkommens unterminieren und letztlich eine der wenigen Möglichkeiten zur Deeskalation in Frage stellen.

Am Ende einer erfolgreichen Diplomatie z.B. durch eine mehrjährige Konferenz zu Sicherheitsfragen im Rahmen der OSZE könnte eine neue europäische Sicherheitsstruktur stehen, die das zentrale Prinzip der Charta von Paris aus dem Jahr 1990 wieder aufnähme: „Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden.“



## **Göttinger Friedensforum:**

Kontakt: [Goettinger-Friedensforum@lists.posteo.de](mailto:Goettinger-Friedensforum@lists.posteo.de)